Minsk-Protokolle

WissenschaftlerInnen, die zum 1. Januar 2021

ihre Arbeit verlieren, legen Zeugnis über

Repressionen in der Republik Belarus ab

Ein Projekt von **Stimmen aus Belarus**

mit freundlicher Unterstützung von n-ost

Minsk Protokolle

Am Institut für Geschichtswissenschaften der Nationalen Akademie der Wissenschaften verlieren zum 31. Dezember 2020 zwölf HistorikerInnen ihre Arbeit. Sieben wurden die Verträge nicht verlängert, fünf haben aus Solidarität selbst gekündigt. Vertreter des Instituts erklären, es handle sich um einen normalen Vorgang, weil 2021 ein neues Großprojekt beginnt, für das die Arbeit der HistorikerInnen nicht benötigt werde. Wir haben den Betroffenen fünf Fragen gestellt, um ihnen das Wort zu geben.

Fragen an die WissenschaftlerInnen

Wie haben Sie den August und September 2020 als HistorikerIn erlebt?

Wie hat sich das Verhältnis zwischen der Leitung des Instituts für Geschichtswissenschaften und den Protestierenden verändert?

Was bedeutet die Nicht-Verlängerung Ihres Arbeitsvertrages für Sie?

Welche konkreten Hinweise sehen Sie dafür, dass die Entscheidung, das Arbeitsverhältnis nicht zu verlängern, politisch motiviert war?

Wie sehen Sie die Zusammenarbeit zwischen den WissenschaftlerInnen an der Akademie der Wissenschaften? Wie würden Sie Strukturen verändern, wenn Sie über die Zukunft der Akademie mitentscheiden könnten?

Wenn Sie drei Jahre Zeit und Förderung hätten, um ein Forschungsprojekt durchzuführen – welches Vorhaben würden Sie verfolgen bzw. abschließen?

Auf den Fotos von Andrej Liankevič – vorne von links nach rechts: Ales' Žlutka, Kacjaryna Kryvičanina, Uladzimir Šypila, Vadzim Anipiarkoŭ, hinten von links nach rechts: Aliaksej Šalanda, Mikola Volkaŭ, Andrej Macuk, Siarhej Rybčonak

Übersetzungen: Elisabeth Bauer, Alena Halauko, Stefan Henkel, Peggy Lohse, Michael Pietrucha, Jennie Seitz, Diana Siebert & Rajko Lassonczyk

Redaktion: Felix Ackermann & Diana Siebert

Kontakt: belarusstimmen@gmail.com

Online: fb.com/belarusstimmen

Unterstützung: n-ost

Stimmen aus Belarus ist ein Projekt von ÜbersetzerInnen, Literatur- und KulturwissenschaftlerInnen sowie HistorikerInnen, die seit August 2020 gemeinsam Menschen in der Republik Belarus auf Deutsch eine Stimme geben. Uns interessieren ihre Beobachtungen und Einschätzungen der aktuellen Lage. Bitte nennen Sie *Stimmen aus Belarus* als Quelle, wenn Sie einen der Texte nutzen möchten! Wir vermitteln die Kontaktanfragen an die WissenschaftlerInnen und stellen gerne Fotos zur Verfügung.

Kacjaryna Kryvičanina

Nationale Akademie der Wissenschaften Minsk

Wir haben schon 2006 und 2010 schwierige Wahlkampfphasen und anschließende Ausschreitungen erlebt. Alle, die daran teilgenommen hatten, waren stets in Sorge. Aber das Ausmaß der Gewalt, die Unverfrorenheit und das Vertrauen in die Straflosigkeit der Täter nach dem 9. August 2020 hat uns zutiefst erschüttert. Die Gewalt wandte sich jetzt direkt gegen unsere Kollegen und ihre Familien. Man hat uns dreist und ungeniert unser Stimm- und Wahlrecht genommen. Unser Wille, für dieses Recht einzustehen, hat diejenigen in Wut versetzt, die mit allen Mitteln an der Macht bleiben wollen – ohne Rücksicht auf Gesetz, Moral, das Leben und die Gesundheit der belarusischen Bürger.

Für Historiker, Politologen und Juristen ist die Situation schwer zu ertragen. Mit dem Hintergrundwissen, das ich als Historikerin habe, sehe ich gefährliche Prozesse und Tendenzen, die das politische System und das Rechtssystem zerstören und den Rechtsstaat gänzlich aushöhlen. Sofort treten Parallelen aus der jüngsten Vergangenheit vor Augen – der totalitäre sowjetische Staat, in dem das Leben des Einzelnen mit seinem Standpunkt, seiner Meinung völlig wertlos war. Verräter, Spione, gekauft usw. – ebensolche Anschuldigungen bekommen die Protestierenden heute zu hören. Wie sehr das alles an die 1930er Jahre erinnert! Das Verkommen der Gerichte zu Straforganen, die Zerstörung des Gerichtsverfahrens als solches, die Rückkehr zur Praxis anonymer Anzeigen, das Verwandeln der Sicherheitsstrukturen in Straforgane gegen das eigene Volk; die Erschaffung von staatlich besetzen „Taschenparlamenten“, Gemeindeversammlungen usw. Die Usurpation der Macht durch eine kleine Gruppe von Menschen. Eine außer Kraft gesetzte Verfassung. Und vieles mehr.

Positionierung

Mein Verhältnis zur Leitung des Historischen Instituts verkomplizierte sich bereits im Oktober 2019, als wir gemeinsam mit meinem Stellvertreter Aliaksej Šalanda als Vorsitzende der Gewerkschaftsorganisation des Instituts gewählt wurden. Seit Anfang 2020 verhandelte die Gewerkschaft intensiv mit der Institutsleitung über den Abschluss eines neuen Tarifvertrags, der die Angestellten sozial und arbeitsrechtlich stärker absichern sollte. Die Verhandlungen verliefen zäh und führten schließlich in eine Sackgasse – die Institutsleitung brach sie ab. Die Ereignisse, die nach dem 9. August das Land erfassten, verschlechterten das Verhältnis zu denjenigen Mitarbeitern, die ihre bürgerliche und berufliche Position aktiv vertraten. Die Leitung führte Gespräche mit den Wissenschaftlern, die offene Briefe gegen Gewalt unterschrieben hatten und an diversen Protest-, Hilfs- und Solidaritätsaktionen teilnahmen. Man verlangte von ihnen, ihre Unterschriften zurückzuziehen, drohte mit dem Verlust des Wohnheimplatzes. Der in der Akademie für die Geisteswissenschaften zuständige Aliaksandr Kavalenja riet mir im Beisein des damaligen Institutsleiters Vjačeslaŭ Danilovič, seinem späteren Nachfolger Vadzim Lakiza und anderen nachdrücklich, mein Amt als Gewerkschaftsvorsitzende niederzulegen, denn im Falle des Instituts für Geschichtswissenschaften was es die Gewerkschaft, die den Mut hatte, sich der im Land entfesselten Gesetzlosigkeit zu widersetzen. Alle obengenannten Personen der Leitung positionieren sich ganz klar pro Lukašenka. Ich will nicht verbergen, dass ich

es bedauere, dass die deutsche Seite ihre Zusammenarbeit mit den obengenannten Personen im Rahmen der Belarusisch-Deutschen Geschichtskommission weiter fortsetzt.

Danilovič, Lakiza, Kavalenja und die Leitung der Akademie der Wissenschaften führten mehrfach Gespräche mit mir. Sie alle liefen auf die Frage hinaus: Warum macht ihr bei diesen Briefen, Appellen und Aktionen mit? Wenn ihr Eure Position zur Schau stellen wollt, geht in den Wald! Warum müsst ihr das vor den Türen der Akademie tun? Das haben sie zu mir persönlich gesagt. Die Leitung der Akademie der Wissenschaften und die des Instituts für Geschichtswissenschaften unterstützten Lukašenka aktiv. Abgesehen davon, dass man mir „geraten“ hat, als Gewerkschaftsvorsitzende zurückzutreten, hat man mir auch eindringlich nahegelegt, freiwillig zu gehen. Man wies mich darauf hin, dass die Politik nicht meine Sache sei. Ich habe mich kategorisch geweigert. Deshalb war es für mich keine große Überraschung, als ich am 17. November die Kündigung erhielt.

Die Nichtverlängerung meines Vertrags bedeutet eine Unterbrechung meiner Forschungstätigkeit. Die wissenschaftliche Forschungsarbeit in Belarus findet in erster Linie innerhalb der Nationalen Akademie der Wissenschaften statt, deren Türen für mich und meine Kollegen jetzt fest verschlossen sind. Für mich bedeutet das den Verlust meines Berufs, meiner Arbeit und meiner Wohnung, da ich bisher in einer Dienstwohnung lebte.

Alternativen

Zusammen mit der Politik, der Wirtschaft und anderen Bereichen müssen auch Bildung und Wissenschaft dringend reformiert werden. Unter anderem müssen wir zurück zum Prinzip der Wählbarkeit der akademischen Leitung und ihrer Verantwortung gegenüber denjenigen, die sie gewählt haben. Im Moment dominiert in der Akademie, wie auch im Rest des Landes, das Prinzip vertikaler, nicht horizontaler Beziehungen. Das Einstellungsverfahren orientiert sich nicht an der beruflichen und persönlichen Eignung der Kandidaten, sondern an der Loyalität und Ergebenheit gegenüber der Obrigkeit, und das wirkt sich immer negativ auf die Arbeitsergebnisse des Forschungskollektivs und der Institution aus. Wir brauchen mehr Rechte für die Berufsverbände – die Wissenschaftsräte –, wir müssen die Grundsätze ihrer Bildung überprüfen und vieles mehr.

Übersetzt von Jennie Seitz

Aliaksej Šalanda

Nationale Akademie der Wissenschaften Minsk

Aus beruflicher Perspektive machten sich die Ereignisse von August und September darin bemerkbar, dass das gesamte wissenschaftliche Leben praktisch zum Stillstand kam. Es gelang uns lediglich, bereits fast abgeschlossene Projekte zu einem Ende zu bringen: eine gemeinsame Monographie über das Adelsgeschlecht Radziwiłł im 17. Jahrhundert und eine Publikation über die Geschichte des Schlosses in Mir.

Seither hält ein Zustand des Ausgebranntseins an. Andererseits konnte ich mich durch die Teilnahme am gesellschaftspolitischen Leben in der Rolle eines Menschen wiederfinden, der die Möglichkeit hat, unmittelbar – durch Lesungen in Hinterhöfen, durch Interviews und verschiedene Protestaktionen, darunter auch auf gewerkschaftlicher Ebene – auf die Menschen und Prozesse einzuwirken.

Anfangs war die Institutsleitung ratlos. Die Versetzung des früheren Direktors V. V. Danilovič (an die Verwaltungsakademie des Präsidenten, Anm. der Übersetzerin) war dadurch herbeigeführt worden, dass er im Sinne der Verwaltung die Kontrolle über das Institutskollektiv verloren hatte. Danach wurden im Präsidium der Nationalen Akademie der Wissenschaften (NAN) – und persönlich durch V. H. Husakoŭ und A. A. Kavalenja – die Entscheidungen zu Unterdrückung und Entlassung getroffen. Der amtierende Direktor V. L. Lakiza hat das Amt faktisch erst zugeteilt bekommen, nachdem er die Gewerkschaftsvertreter, die Vorsitzende E. A. Kryvičanina, und mich als ihren Stellvertreter entlassen hatte. Ebenso betroffen waren all jene, die während der Proteste in Haft geraten waren (M. Volkaŭ, A. Radaman, A. Žlutka, V. Šipilla, A. Macuk, T. Papoŭskaja).

Ich halte die Nichtverlängerungen der Verträge für eine Form der politischen Verfolgung, da gegen mich weder von gewerkschaftlicher Seite noch von Seiten der Verwaltung Beschwerden vorlagen. Mein offizielles, öffentlich sichtbares Expertengutachten zur Frage der Nationalflagge und -farben, die sich in der Bewertung grundlegend von der durch Aljaksandr Lukašenka und seiner Propagandisten unterschied, brachte das Fass zum Überlaufen.

Nachdem sich fünf Kollegen mit uns solidarisiert und ihre Verträge mit dem Institut gekündigt hatten, haben sich die am Institut Verbliebenen faktisch auf die Seite der Verwaltung gestellt. Meiner Ansicht nach wird in diesem Zusammenhang die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit ihnen an dieser Stelle unmöglich, denn das Institut hatte sich, auch durch ihre Haltung, von einer wissenschaftlichen in eine ideologische, propagandistische Behörde verwandelt. Mehr noch: sollte eine Kooperation von uns oder von irgendwelchen anderen Strukturen im Rahmen internationaler Vereinbarungen weitergeführt werden, führt allein das Wissen um solche Kontakte diese Kollegen zur Annahme, ihre Position sei korrekt und die gekündigten Mitarbeiter seien selbst schuld an ihrem Schicksal. Das kann wiederum zur Desillusionierung Letzterer beitragen, nachdem sie aktiv ihre bürgerschaftliche Haltung gezeigt hatten.

Die Entlassung aus dem Institut und die Auflösung meines Bereichs der Genealogie, Heraldik und Numismatik hat faktisch fünf Projekte unterbrochen, an denen wir gearbeitet hatten:

1. Druckfertig ist der Sammelband wissenschaftlicher Arbeiten *Das Geld der Belarus: Studien zur Geschichte der Finanzen, des Geldumlaufs und Numismatik. Sammlung wissenschaftlicher Werke.* Beiträge von J. L. Hruzicki, wissenschaftliche Redaktion A. I. Šalanda. 1. Auflage, 214 S.
   Die Ausgabe war fertig vorbereitet, doch gegen ihren Druck stellten sich A. A. Kavalenja und N. V. Smechovič – und das, obwohl für den Druck 14 Mitglieder des Senats des Instituts für Geschichte der NAN der Republik Belarus gestimmt hatten!

2. Für das Jahr 2021 war am Institut die Publikation einer gemeinsamen Monographie geplant: A. Šalanda, S. Rybčonak, V. Halubovič: *Hljabovičy im Großherzogtum Litauen (15.-17. Jh.)*. Wissenschaftliche Redaktion A. I. Šalanda. Der Text befindet sich im Endstadium.

3. Für 2022 war die Vorbereitung der gemeinsamen Monographie *Astafiej Bahdanavič Valovič (1520-1587) – Kanzler des Großfürstentums Litauen* nach Ergebnissen einer am Institut durchgeführten Konferenz und neuen Studien geplant gewesen.

4. Faktisch gescheitert ist das Projekt der Vorbereitung der Studie „Der belarusische Staat und die belarusische Geschichte im Lichte sphragistischer Materialien des 10.- 21. Jh.“, das für die Jahre 2019-2021 angesetzt war. Außerdem wurde uns von V. H. Husakov persönlich die Finanzierung für das Jahr 2020 entzogen. So bekamen wir für dieses Jahr nur 41 % der Summe und für 2021 – gar nichts. Und das waren keine Gelder von der NAN Belarus, sondern aus dem Budget des Landes! Wohin sie verteilt wurden, ist unbekannt.

5. Druckfertig ist der Sammelband Nr. 23 der wissenschaftlichen Zeitschrift für fachspezifische Geschichtswissenschaften *„Gerol‘d Litherland“* – doch aus bekannten Gründen schaffen wir es nicht mehr, ihn im Jahre 2020 herauszubringen.

Übersetzt von Elisabeth Bauer

Vasil Varonin

Nationale Akademie der Wissenschaften Minsk

Der Sommer

Jene Ereignisse, die sich hier buchstäblich vor meinen Augen abspielten und an denen ich mich sogar beteiligen konnte, sind für mich als Historiker extrem interessant und wichtig. Ehrlich gesagt, ich habe nicht erwartet, dass Belarusen zu so einem starken und solidarischen Protest fähig sind. Noch Anfang des Jahres hatte nichts auf die Möglichkeit eines solchen Verlaufs der Ereignisse hingewiesen. Damals blickte ich noch skeptisch auf die demokratischen Perspektiven und die Entwicklung der Zivilgesellschaft in meinem Land. Jetzt ist alles anders. Im Laufe von weniger als einem Jahr ist eine neue bürgerschaftliche Gemeinschaft entstanden - und sie wird nicht mehr verschwinden. Die Ereignisse des Jahres 2020 werden für Belarus langanhaltende historische Folgen haben, daran gibt es keinen Zweifel. Ich teile diese Einschätzung mit vielen Menschen.

Die Akademie

Ich finde es sehr schade, dass die Leitung der Akademie der Wissenschaften und des Historischen Instituts den Weg der Repressionen geht. Durch die Kündigungen von Mitarbeitern verliert das Institut wichtige Fachleute, ganze Forschungsrichtungen sind geschwächt oder mussten ihre Tätigkeit praktisch einstellen. Die Leitung des Historischen Instituts hat sich entschieden, den Protest zu unterdrücken. Man versuchte, mit Druck auf uns einwirken, traf aber auf ernsthaften Widerstand. Danach beruhigten sich die Gemüter zunächst ein wenig, aber die prinzipielle Position der Direktion hat sich nicht verändert - mehrere Leute wurden darüber informiert, dass sie gekündigt werden. Dabei verheimlichte man vor ihnen nicht einmal, dass die Kündigung eine direkte Reaktion auf ihre offene gesellschaftliche Positionierung ist. Umgehend verschlechterte sich das Verhältnis zwischen der Leitung und den Gewerkschaftsvertretern im Institut, weil sie sich auf die Seite der Protestierenden gestellt und sie unterstützt hatten.

Ich habe das Institut als Zeichen der Solidarität mit den Kollegen verlassen, die für ihre politische Position gekündigt wurden. Mir ist ein neuer Vertrag angeboten worden - allerdings zu schlechteren Bedingungen. Aber ich entschloss mich, dieses Angebot abzulehnen. Es würde mir schwerfallen, hier in dem Bewusstsein zu arbeiten, dass man aus diesem Institut so leicht jeden beliebigen Mitarbeiter rausschmeißen kann, der mutig und offen Haltung zu aktuellen Fragen des Lebens im Land zeigt und seinen Standpunkt zu rechtfertigen sucht. Außerdem haben die Kündigungen dem fachlichen Potenzial des Instituts einen schweren Schlag versetzt. Dort sind nur noch einzelne Experten des Mittelalters und der Frühen Neuzeit übriggeblieben. Ich weiß nicht, wie man diese Verluste ersetzen kann. Es gibt überhaupt nur wenige Historiker dieser Fachrichtungen und dieses Niveaus in Belarus. Die meisten von ihnen arbeiteten bis zum Ende 2020 am Historischen Institut.

Gekündigt wurden konkret jene Mitarbeiter, die an Protestaktionen teilgenommen hatten, die Bußgelder zu zahlen hatten oder verhaftet worden waren; Mitarbeiter, die Petitionen unterschrieben hatten, in denen sie ihren Standpunkt zu den Ereignissen im Land ausdrückten, die Expertenmeinungen äußerten, welche nicht der offiziellen Position der Institutsleitung und der Machthaber des Landes entsprechen. Die direkte Verbindung ist hier ganz offensichtlich.

Die Zukunft

Geschichtsforscher sind schöpferische Menschen, die historische Wissenschaft hat viel mit kreativem Schaffen gemein. Außerdem sind Historiker immer gesellschaftlich und politisch aktive Menschen, Leute mit einem eigenen Standpunkt. Sie zu zwingen, sich nur mit ihrem Handwerk zu beschäftigen und keinerlei eigene gesellschaftliche Aktivität zu zeigen, bedeutet, ihr wissenschaftliches und menschliches Potential zu zerstören. Ein solcher Druck wirkt sich schnell negativ auf ihre wissenschaftlichen Resultate aus. Zwischen der gesellschaftlich-politischen Position eines Historikers und seiner professionellen Tätigkeit besteht eine direkte Verbindung. Man kann sich nicht mit Geschichte – einer Gesellschaftswissenschaft – beschäftigen und nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Die Arbeit des Instituts ist heute stark bürokratisiert, die Mitarbeiter überlastet mit allerlei Berichten und den Zwängen, alle möglichen Anfragen von Bürgern, Organisationen usw. zu beantworten. Das Historische Institut sollte sich mit Grundlagenforschung beschäftigen – dafür existiert es ja eigentlich – und sich nicht in ein Zwischending zwischen Bürokratiekontor und Informationsschalter verwandeln. Aber genau so wird die Erfüllung der Grundaufgaben des Instituts bei uns leider gesehen.

Das Institut sollte sich verjüngen, denn der Zugang junger Leute in die Wissenschaft geht nur sehr langsam voran. Das ist verständlich, denn angesichts der aktuellen Gegebenheiten gibt es keine großen Perspektiven für sie. Die Möglichkeiten der Weiterbildung müssen neu betrachtet werden – für belarusische Wissenschaftler ist ein Praktikum in führenden Forschungszentren im Ausland besonders wichtig. Die belarusische Geschichtswissenschaft braucht auch zusätzliche Finanzierung. Einer der perspektivreichen Wege ist meiner Meinung nach die Umsetzung gemeinsamer großer Forschungsprojekte zusammen mit ausländischen Stiftungen, Instituten und Fachleuten.

Ich arbeite schon lange genug an meiner Habilitation. Im Zusammenhang damit muss ich dringend in ausländischen Archiven arbeiten - in erster Linie in polnischen und deutschen. Diese Archivrecherchen sind ein Vektor meiner Arbeit. Der zweite ist das gründliche Studium theoretischer und methodischer Aspekte der historischen Forschung, besonders die neuesten Entwicklungen in diesem Bereich. Leider ist diese Richtung in Belarus eher schwach ausgeprägt. Dabei ist sie ganz grundlegend, weil sie das Fundament darstellt. Das heißt, als zweiten Vektor meiner zukünftigen Arbeit will ich mich auf das Studium von Theorien und methodischen Ansätzen konzentrieren, die in der deutschen und polnischen Wissenschaft angewandt werden, aber bei uns in Belarus praktisch unbekannt sind und kaum zur Anwendung kommen. Ich denke, das würde nicht nur mir als Historiker nützen, der sich mit einem konkreten Thema auseinandersetzt, sondern auch der belarusischen Wissenschaft im Ganzen. So könnte ich mir vorstellen, auf der Grundlage dieses zweiten Vektors auch Lehrbücher für Belarus zu schreiben.

Übersetzt von Peggy Lohse

Uladzimir Šypila

Nationale Akademie der Wissenschaften Minsk

Der Sommer der Proteste

Seit Anfang August 2020 hatte ich keine Zweifel, dass das Regime sein eigentliches Gesicht zeigen würde. Vor allem befürchtete ich, dass die Diener des Regimes bei Zusammenstößen mit friedlichen Demonstranten schwere Geschütze auffahren würden, wie es 1989–1990 in Tiflis und Baku der Fall war. Glücklicherweise geschah dies nicht. Dennoch empfanden wir wir die Tage vom 9. bis zum 12. August als Albtraum.

Als ich am 12. August entlang des Minsker Kupala-Parks lief, beobachtete ich auf der gegenüberliegenden Straßenseite eine Gruppe Maskierter mit Schlagstöcken, in schwarzer Kleidung und ohne Erkennungszeichen. Als sie mich sahen, überquerte eine Gruppe von 6 Personen eilends die Straße, rief immer wieder „Stehenbleiben“ und jagte mich durch den Park. Da ich von der Arbeit kam, rannte ich mit einer schweren Aktentasche und schrie mit aller Macht „Herr, erlöse mich!“ Wie durch ein Wunder entkam ich.

Ich war zuversichtlich, dass wir bis zum 16. August das verhasste Regime stürzen würden, aber bereits am 13. August war es ratlos, stoppte das Blutvergießen... und auch wir zogen uns zurück. Viele schätzen diesen Wendepunkt unterschiedlich ein, ich eher negativ.

Am Freitag, dem 14. August fand die erste Aktion von Wissenschaftlern der Nationalen Akademie der Wissenschaften gegen Gewalt und Willkür in der Nähe des Präsidiumsgebäudes der Akademie statt. Viele Wissenschaftliche Mitarbeiter des Instituts für Geschichte der Akademie unterzeichneten eine Petition gegen Wahlbetrug und Gewalt. Auch ich habe unterschrieben. Mein Freund, der Historiker Andrėj Radaman, wurde beim Einkaufszentrum „Riga“ festgenommen und anschließend im Untersuchungsgefängnis in der Okrestina-Straße zusammengeschlagen.

Nachdem am 17. August mein Urlaub begann, ging ich zu den Kundgebungen an Werktoren, zu Gesangsveranstaltungen vor der Philharmonie und dem vom Regime aufgelösten Kupala-Theater … In Navapolack, wo ich aufgewachsen bin, fanden ebenfalls Aktionen statt. Das war also mein August.

Im September war die Stimmung nicht besser, da nun zu sichtbar wurde, dass Putins Russland das Lukašenka-Regime voll und ganz sponsert... Es fanden dennoch Meetings und Aktionen statt... Die Diener des Regimes lösten nun fast alle Aktionen auf, verhafteten jetzt auch Frauen und transportierten sie in den *Avtozak* genannten Polizeiwagen ab.

Ich kann sagen, dass ich eher ein Teilnehmer der Ereignisse als ein Zuschauer war. Ich hielt es für meine Pflicht, dort zu sein, wo der Protest ist. Ich halte die aktuellen Ereignisse für einen Kampf gegen das Erbe der Lubjanka (der historischen Moskauer KGB-Zentrale, Anm. des Übersetzers), das sich mit Nachdruck von der Russischen Föderation aus in Belarus festgesetzt hat.

Die Ereignisse an der Akademie der Wissenschaften

Das Verhältnis unter den Mitarbeitern in Bezug auf die August-Geschehnisse war sofort ziemlich offensichtlich, wenn auch einige Mitarbeiter später eine ausgesprochene Heuchelei aufzeigten. Sie hatten sich zwar "gegen Gewalt" gewandt, aber als es notwendig wurde, für sein

Wort einzustehen, widerriefen sie ihre Unterschriften unter der Petition – es gab dort einen Punkt gegen Fälschung.

Ich war im Urlaub. Der wissenschaftliche Sekretär rief an, die Leiterin der Abteilung für Anthropologie rief mich an. Sie baten darum, die Unterschriften unter der Petition gegen Gewalt zu widerrufen. Ich widerrief meine nicht. Der frühere Direktor des Instituts für Geschichte, Vjačeslaŭ Danilovič, machte mir bereits 2018 unmissverständlich klar, dass Mitarbeiter der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Belarus nicht für Sendungen von „Belsat“ (ein in Polen produzierter Satelliten-Fernsehsender, Anm. des Übersetzers) zur Verfügung stehen sollten. Die Ansichten dieses Mannes sind eine Mischung aus russisch-orthodoxen Schwarzhundertern und Bolschewiki. Er tadelte uns, als wir 2018 bei der Veranstaltung zum 100. Jahrestag der Belarusischen Volksrepublik während der Aufführung der Hymne "Wir gehen in geschlossenen Reihen" aufstanden. Danilovič wurde von Lukašenka zu seiner Amtseinführung eingeladen. Danilovičs Stellvertreter V. L. Lakiza widmete ich ein sarkastisches Gedicht. Er wurde später vom Leiter der Abteilung für Geisteswissenschaften A. A. Kavalenja zum Direktor des Instituts ernannt.

Als die Aufrichtigsten unter den Angestellten erwiesen sich meine neuen Freunde – zwei von ihnen leiteten die Gewerkschaft am Institut für Geschichte (zwar eine staatliche, aber die Mittel flossen in die Hilfe für Repressierte). Als ich selbst festgenommen wurde, zogen meine Historiker-Freunde mit Plakaten zu meiner Unterstützung vor das Präsidiumsgebäude. Davon erfuhr ich aus den Gesprächen der Angehörigen des Innenministeriums, als sie im Pervomajskij-Rajon ein Protokoll erstellten. Ich nahm mir die Inhaftierung der Historiker-Kollegen A. Radaman, N. Volkaŭ, A. Macuk und A. A. Žlutka sehr zu Herzen...

3. Als ich sah, dass der habilitierte Historiker Vadzim Anipiarkoŭ zum Zeichen der Solidarität mit uns einen Dreijahresvertrag ablehnte, schrieb ich mit meinen entlassenen Kollegen auf Facebook: „Solidarität ist wertvoller als Verträge.“ Das ist meine Haltung. Mit Persönlichkeiten an der Spitze des Instituts für Geschichte wie V. Lakiza will ich nicht arbeiten. Er hat A. A. Žlutka entlassen, den einzigen Spezialisten auf dem Gebiet mittelalterlicher lateinischer Quellen in Belarus.

Anders liegt es im Fall meiner ehemaligen Chefin. Als ich von Maskierten in Militäruniformen festgenommen wurde, sagte sie anscheinend aus Angst um sich selbst und ihre Position nur Schlechtes über mich. Das wurde mir dann minutiös wörtlich übermittelt, während ich inhaftiert war...

Meine Vorgesetzte sagte mir, nachdem ich das Gefängnis in Žodina verlassen hatte: „Diese Leute werden Ihnen nicht vergeben.“ Mir wurde erzählt, wie sie bei der Leitung um Anweisungen bat und was sie über mich aussagte. So könne sie nicht ertragen, dass ich Putin kritisiere. Ihr gefällt Putin, für sie ist die Krim ein Teil der Russischen Föderation usw. Sie sagte auch einmal: „Volodja, in unserer Zeit spielen Kultur und Sprache keine Rolle." Die Leitung der Akademie der Wissenschaften unterstützt die Politik einer Russifizierung in Belarus uneingeschränkt, den „Unionsstaat“ und die vollständige Abhängigkeit von der Russischen Föderation. Ich habe mich dagegen ausgesprochen und tue das auch weiterhin.
Ich glaube, dass mir gerade die Verteidigung der belarusischen Sprache Probleme bereitet hat, weil ich den belarusophoben Unsinn der Akademiegrößen Husakoŭ und Kavalenja belächelt habe. Und so ist es meine Kritik am *„Russkij Mir“*, die letzlich zu meiner Kündigung führte. Das Problem ist nicht nur politischer Natur, sondern eng mit der nationalen Identität verbunden.

Ich glaube, dass der Akademie-Chef Husakoŭ und der für die Geisteswissenschaften zuständige Direktor Kavalenja eine regelrechte „kulturelle Apartheid“ in Bezug auf die Belarusisch sprechenden Mitarbeiter der Nationalen Akademie der Wissenschaften begründet haben.

Die Akademie der Wissenschaften sollte in Zukunft dezentralisiert werden. Jede Universität sollte als autonome Forschungseinheit funktionieren. Ich würde viele sowjetische Verfahren abschaffen, die die Arbeit beeinträchtigen und unnötige Ausgaben für Papierkram an der Akademie verursachen. Ich würde die 5-Jahres-Berichte in der Form, in der sie jetzt sind, abschaffen, zudem die Titel „Akademiemitglied“ und „Korrespondierendes Mitglied“. Ich würde die Verteidigung von Dissertationen erheblich vereinfachen und die Höhere Attestierungskommission abschaffen.

Ausblick

Hätte ich die Möglichkeit, würde ich in erster Linie mein wissenschaftliches Projekt abschließen, mit dem ich mich ich seit 2013 beschäftige. Ich verstehe, dass das Verständnis von Anthropologie in Ost- und Westeuropa unterschiedlich ist, aber das Projekt ist mir wichtig: „Die ländliche Bevölkerung auf Grundlage von Grabkomplexen des 11.-16. Jahrhunderts auf dem Gebiet von Belarus“. Ich würde in meiner Arbeit bedeutende Materialien hinzufügen, die ich aus den Bibliotheken von Forschungszentren in Polen und anderen Ländern Westeuropas entnehmen könnte.

Ich interessiere mich auch für die Alltagsgeschichte von Krankheiten während des Krieges. Außerdem interessiere ich mich noch für das Leben in der DDR: die Gesellschaft, die Einstellung zu historischen Ereignissen der Vergangenheit in diesem Staatsgebilde, das Leben unter Honecker, Manifestationen des freien Denkens und so weiter. So verfolge ich etwa die Wechselbeziehung ethnischer Stereotypen zwischen den Polen in der Polnischen Volksrepublik und den Deutschen in der DDR.

Übersetzt von Michael Pietrucha

Mikola Volkaŭ

Nationale Akademie der Wissenschaften Minsk

Während der ersten zwei Monate fiel es mir schwer, mich auf die Arbeit zu konzentrieren. Es war einfach unmöglich, Material zu analysieren und Texte zu schreiben. Ich habe mich nur mit irgendwelchen formalen Angelegenheiten beschäftigt. Alle Aufmerksamkeit war auf die Ereignisse gerichtet, die um uns herum geschahen. Außerdem begriff ich zum ersten Mal, was man als „Achterbahn der Gefühle“ bezeichnet: den einen Tag glaubst du den Sieg sicher und jubelst in Erwartung einer wunderbaren Zukunft, den anderen Tag verlassen dich Kraft und Zuversicht: nichts funktioniert und überall herrscht Unterdrückung.

Als die Situation im ersten Monat noch relativ unklar war, wartete die Leitung des Instituts wie viele andere Staatsdiener erst einmal ab, was weiter geschehen würde. Doch seit September ziehen sie die Daumenschrauben allmählich an. Sie veranstalten Zusammenkünfte zur Belehrung und ähnliches. Die Verhältnisse im Institut sind angespannter geworden.

Für mich ist das kein großes Drama. Im Gegenteil – angesichts dessen, was ich miterlebt habe, war es ohnehin schwierig geworden, ins Institut zu gehen und so zu tun, als sei alles in Ordnung. In mehrerlei Hinsicht hat es einen Bedeutungsverlust gegeben – das Institut verliert die Rolle als wichtiges Forschungszentrum, in dem wir gemeinsam wirkten; und auch der Beruf des Historikers steht in Frage. Das ist nicht ganz so schrecklich wie im Fall eines kompletten Berufsverbotes, wenn man etwas gänzlich Anderes machen müsste.
Aus den Gesprächen mit der Institutsverwaltung war ersichtlich, wie diese Entscheidungen getroffen werden. Der Geheimdienst übergibt dem Präsidium der Akademie „Materialien“ über die unzuverlässigsten Personen. Dort wird über die Entlassung entschieden. Die Institutsverwaltung fertigt diese dann nur noch aus. Der Direktor des Instituts beklagte sich mir gegenüber, dass man ihm mehrfach Fotoausdrucke und Facebook-Posts von mir vorgelegt habe. Der stellvertretende Direktor ergänzte, dass der Vorsitzende des Akademie-Präsidiums, Husakoŭ, gefordert habe, bezüglich unserer Fälle Maßnahmen zu ergreifen. Die Entscheidungswege sind also ziemlich offensichtlich.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass das Historische Institut reformiert werden sollte. Die Struktur ist ziemlich ausladend, doch Ertrag und Motivation sind gering. Ein großes Problem liegt darin, dass die Leitung nach Loyalität berufen wird und nicht nach fachlichen Leistungen. Dementsprechend ist der ganze Betrieb des Instituts darauf ausgerichtet, größtmögliche Loyalität zu demonstrieren und nicht die historische Forschung zu vertiefen.

Das Wichtigste ist für mich derzeit der Abschluss meiner Habilitation über das Verteidigungswesen des Großfürstentums Litauen zwischen dem 16. Jahrhundert und dem Beginn des 18. Jahrhunderts, wofür ich zwei bis drei Jahre Arbeit veranschlage.

Übersetzt von Rajko Lassonczyk

Ales’ Žlutka

Nationale Akademie der Wissenschaften Minsk

Die Ereignisse rund um die diesjährige Präsidentschaftswahl haben mich ebenso wie meine Familie, Freunde und Kollegen tief erschüttert. Vieles hat mich schockiert: erst die Ausschaltung der gefährlichsten Oppositionellen des derzeitigen Regimes aus dem Vorwahlkampf, dann die Schikanen und Einschüchterungen, später die Verhinderung der Teilnahme von Kandidaten an den Wahlen. Und letztlich vor allem die Gesetzlosigkeit, Mord und Folter friedlicher Demonstranten, die enorme Zahl der Inhaftierten, der politischen Gefangenen. Analogien kann man nur mit der Zeit der faschistischen Besatzung und den Repressionen Stalins ziehen. Aber es scheint, dass dieses Regime in vielerlei Hinsicht noch brutaler war.

Es ist unmöglich, in Ruhe Wissenschaft zu betreiben, wenn Deine Kollegen halbtot geschlagen, hinter Gitter geworfen und entlassen werden, während gleichzeitig die Leitung des Instituts die Aktionen der Behörden in den Medien lobt und die nationalen Symbole und die Sprache diskreditiert. Deshalb haben wir Protestaktionen organisiert und unsere verfolgten Kollegen unterstützt.

Zuspitzung

Die Haltung der Institutsleitung uns gegenüber begann sich unmittelbar nach den Wahlen zu ändern. Vor allem, nachdem unsere Kollegen bei friedlichen Demonstrationen festgenommen wurden. Es war die Rede davon, dass die Mittel für das Institut gekürzt werden würden und dass die Protestierenden die Ersten sein würden, die von den Kürzungen betroffen sein werden. Dann wurde eine Umstrukturierung des Instituts angekündigt, später eine außerordentliche Evaluation der Mitarbeitenden, von der auszugehen sei, dass wir sie nicht bestehen würden. Da aber sämtliche Kollegen, die von dieser politisch motivierten Entlassung betroffen wären, hochqualifizierte Experten mit akademischen Graden sowie Autoren zahlreicher hochwertiger wissenschaftlicher Arbeiten sind, entschied sich die Verwaltung, einen offenen Skandal zu vermeiden und wählte die für sie weniger „schmerzhafte“ Option, die Verträge mit uns einfach nicht zu verlängern. Ich habe Angst, dass dies für uns alle die Arbeitslosigkeit bedeuten könnte und dass die Mittel für die Fortsetzung meiner Forschung fehlen. Da wir jetzt in der Kategorie der „Unzuverlässigen“ gelandet sind, ist es sehr unwahrscheinlich, dass wir unter dieser Regierung eine Anstellung in unserem Fachgebiet finden werden.

Zukunft

Für eine besseres Funktionieren des Instituts wäre es zunächst notwendig, dahin zurückzukehren, dass die Leitung des Instituts und die einzelnen Abteilungen wieder selbst von den Mitarbeitenden gewählt und nicht von oben ernannt werden. Zudem wäre es notwendig, die Schieflage in den Ausgaben des Instituts – die große Diskrepanz zwischen den Gehältern der Leitung und denen der Mitarbeitenden zu beseitigen und eine deutliche Erhöhung der Mittel für Forschungsreisen und Archivarbeit vorzusehen. Wenn ich eine Finanzierung finde, würde ich gern die Erforschung von Quellen zum Lebenswerk (des Buchdruckers und Übersetzers Anm. d. Ü.) Francisk Skaryna abschließen, die sich in Archiven und Bibliotheken in Polen, Tschechien, Litauen, Deutschland und Italien befinden. Der erste Teil wurde Anfang dieses Jahres in einer Quellenedition veröffentlicht. Außerdem möchte ich die Erforschung der Quellen des frühen Christentums vom 9. bis zum 14. Jahrhundert auf dem Gebiet von Belarus fortsetzen.

Übersetzt von Stefan Henkel

Vadzim Anipiarkoŭ

Nationale Akademie der Wissenschaften Minsk

Haltung

Soweit ich den Mut dazu aufbrachte, erlebte ich den August und den September 2020 nicht als Historiker, sondern als einfacher Bürger und zivilgesellschaftlicher Aktivist. Um ehrlich zu sein, habe ich es in dieser Zeit nicht geschafft, auch nur eine einzige Zeile eines wissenschaftlichen Textes zu verfassen. Ich konnte mich kaum von den Geschehnissen in Belarus lösen. Zwar kehrte ich gelegentlich zum „Handwerk des Historikers“ zurück, doch aus psychologischen Gründen konnte ich nicht einfach weiterarbeiten. Ich weiß, dass eine ganze Reihe meiner Kollegen das auch nicht kann. Als Historiker habe ich natürlich für mich analysiert, was in Belarus vor sich ging. Mir war die Bedeutung der Ereignisse für das Schicksal meines Volkes klar. Ich sollte auch anmerken, dass ich bei der Beschäftigung mit der politischen Geschichte des Polnisch-Litauischen Reichs der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts (insbesondere der Periode der Konföderation von Targowica kurz vor der zweiten Teilung 1793) viele Analogien gefunden habe: die russische Vorherrschaft, eine anhaltende Souveränitäts- und Legitimitätskrise, die Besonderheiten der Beziehung zwischen einer gewaltsam durchgesetzten politischen Macht und der Gesellschaft, unterschiedliche Strategien des Verhaltens der Menschen in instabilen politischen Verhältnissen usw. Ich glaube jedoch, dass die Versuchung, in all diesen Ereignissen nach historischen Analogien zu suchen, die Achillesferse eines jeden Historikers ist.

Gewerkschaft

Am Institut für Geschichtswissenschaften veränderte sich das Verhältnis zur Leitung eigentlich schon ab dem Dezember 2019, als Kacjaryna Kryvičanina und Aliaksej Šalanda anstelle der von der Verwaltung vorgeschlagenen Kandidaten als Vorsitzende der regulären Gewerkschaft gewählt wurden. Im Zuge der politischen Proteste wurde der Umstand, über eine „eigene“ Gewerkschaft zu verfügen, ab August 2020 zu einem wichtigen Faktor bei der inneren Konsolidierung der Wissenschaftler. Damit landete das Institut für Geschichte in Sachen Proteststimmung sofort auf dem ersten Platz unter allen Instituten der Akademie der Wissenschaften. Die Verwaltung reagierte entsprechend harsch – die erste Person aus dem Institut für Geschichte, die über die Nichtverlängerung des Arbeitsvertrags informiert wurde, war die Vorsitzende der Gewerkschaft, Kacjaryna Kryvičanina. Diejenigen Mitarbeiter, die aus politischen Gründen nach dem Artikel 23.34 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (wegen der Teilnahme an angeblich illegalen Kundgebungen, Anm. d. Ü.) verurteilt wurden, weil sie Haltung gezeigt haben, wurden inzwischen ebenfalls entlassen. Ich gehöre zu denjenigen, die aus Solidarität mit ihnen ihren Vertrag gekündigt haben und hatte zuvor von der Verwaltung erfolglos eine Vertragsverlängerung für sie gefordert.

Solidarität

Rein nominell bin ich also nicht entlassen worden. Ich kündigte gemeinsam mit vier weiteren KollegInnen aus Solidarität mit den KollegInnen. Angesichts der Tatsache, dass ich im Endeffekt einen Vertrag für drei Jahre aufgegeben habe, ist dies für mich ein Schritt in die Unsicherheit, die nicht nur mit dem Verlust des konkreten Arbeitsplatzes zusammenhängt. Er bedeutet auch, dass ich aus dem belarusischen institutionalisierten

staatlichen Wissenschafts- und Bildungssystem falle. Ich glaube nicht, dass ich nach der Beteiligung an Petitionen, Streikposten, Videobotschaften, Medienberichten usw. in diesem System wieder einen Job finden kann und ich – selbst wenn das überraschenderweise passiert – in diesem System normal arbeiten kann, ohne dafür im Gegenzug auf meine ethisches Rückgrat und mein Gewissen verzichten zu müssen. Auf der anderen Seite betrachte ich das als eine neue persönliche und berufliche Herausforderung, die mich dazu zwingt, nach neuen Möglichkeiten zu suchen, um in der Wissenschaft zu bleiben.

Entlassungen

Es ist ganz offensichtlich, dass bei den Entscheidungen über die de facto Entlassungen vonseiten des Instituts für Geschichte keine wissenschaftlichen Kriterien angewandt wurden. Es wurden just diejenigen Verträge mit den Wissenschaftlern nicht erneuert, die einerseits offen und gemeinsam ihre politische Position zum Ausdruck brachten. Andererseits sind es zugleich die wichtigsten und in einigen Fällen sogar die einzigen Vertreter zentraler Bereiche der belarusischen Historiographie: etwa der Heraldik, der Forschungen zum Buchdrucker und Übersetzer Francisk Skaryna, der Geschichte der ersten belarusischen Zeitung „Naša Niva“, die Eindämmung der Folgen von Tschernobyl usw. Es ist schlicht Unsinn zu behaupten, dass diese Fachrichtungen und Themen nicht mehr notwendig seien. Darüber hinaus müssen fast alle profilierten Spezialisten für die politische Geschichte des Großfürstentum Litauens im 13.-18. Jahrhundert das Institut verlassen.

Die Leitung des Institutes führte mit mir ebenso wie mit den anderen Aktivisten mehrfach „Präventionsgespräche“ durch. Damit einher ging die ausdrückliche Bitte, auf die Darstellung meiner politischen Ansichten während des Besuchs von Aljaksandr Lukašenka in der Akademie der Wissenschaften im September 2020 zu verzichten. Man hat mich sogar eigens auf Geschäftsreisen außerhalb von Minsk geschickt, weil man fürchtete, dass wir erneut einen Streikposten organisieren würden. Unter diesen Umständen war für jeden Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin des Institutes für Geschichtswissenschaften klar, dass, wenn es nicht zu einem Wechsel des politischen Regimes kommen würde, der Verzicht auf offene Kritik der laufenden Geschehnisse im Land zum entscheidenden Faktor für die Aufrechterhaltung des eigenen Arbeitsplatzes am Institut werden würde. Deshalb musste jeder für sich eine Entscheidung treffen.

Veränderungen

Um etwas an der Akademie der Wissenschaften zu verändern, müssten Führungspositionen von Abteilungsleitern bis hin zum Direktor des Instituts durch die Mitarbeiter gewählt werden. Die Gründung unabhängiger Gewerkschaften müsste möglich sein. Und die Einstellung neuer Mitarbeiter sollte ausschließlich auf Grundlage wissenschaftlicher Leistungen und nicht aufgrund der Loyalität gegenüber der Leitung erfolgen. Dabei sollten auch ethische Fragen eine Rolle spielen.

Für mich persönlich ist die Bereitschaft zur Solidarität durch jeden einzelnen von großer Bedeutung. Ich bevorzuge, mit Menschen zusammenzuarbeiten, die früher in ihrem Leben keine Angst hatten, einen Streikposten einzunehmen, gegen den Entzug der Freiheit der KollegInnen zu protestieren, ihre Arbeit in Solidarität mit den Entlassenen zu kündigen, auf eigene Initiative ihre Einkommensquellen zu teilen usw. Und ich freue mich, dass das Institut für Geschichtswissenschaften stolz sein kann, solche Menschen in den eigenen Reihen zu haben. Eines der jüngsten Beispiele für Solidarität war die Reaktion auf die Mitteilung der Europäischen

Humanistischen Universität in Vilnius, dass sie für drei entlassene Mitarbeiter des Instituts für Geschichte halbe Stellen anbieten könne. Die drei eingeladenen MitarbeiterInnen haben umgehend auf die Hälfte ihres Gehaltes verzichtet und der Leitung der EHU vorgeschlagen, ihre ohnehin nur halben Stellen zu halbieren und damit drei weiteren Kollegen eine Anbindung zu ermöglichen. Ich selbst profitiere von dieser Form der Solidarität.

Pläne

Hätte ich drei weitere Jahre eine Förderung, würde ich die Monographie „*Intervention unter dem Deckmantel der Demokratie: pro-russische Konföderationen von 1792–1793 im Großfürstentum Litauen*“ abschließen. Darüber hinaus möchte ich auf die Erfahrungen meiner bisherigen Arbeit in der Abteilung für Quellenkunde und Archäographie des Instituts für Geschichte der Nationalen Akademie der Wissenschaften und bei der Veröffentlichung von Dokumenten dieser Art in einem gemeinsamen Projekt mit polnischen Kollegen zurückgreifen. Des Weiteren möchte ich ein schon vor langer Zeit konzipiertes Editionsprojekt des Briefverkehrs zwischen russländischen Militärbeamten und diplomatischen Amtsträgern bezüglich der Zweiten Teilung des Polnisch-Litauischen Reichs in Angriff nehmen. Es geht um unveröffentlichte Quellen aus den wichtigsten Archiven in der Russischen Föderation. Die Vorarbeiten zur Sammlung dieser Briefe in den genannten Archiven und ihre vollständige Digitalisierung sind bereits abgeschlossen.

Was meine eigene Monographie betrifft, so möchte ich basierend auf meinen Forschungen zur Zweiten Teilung Aspekte der politischen Anthropologie vertiefen: Mich interessieren die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und Vertretern einer unpopulären – weil von außen aufgezwungenen – politischen Macht. Daraus ergibt sich die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Mitteln und Mechanismen des Drucks auf Bürger sowie offenen und verborgenen Formen gesellschaftlichen Widerstands. Ich beschäftige mich mit dem Fragenkomplex, auf welche Weisen der lokale Adel auf die politischen Veränderungen reagierte, die durch die russländische Intervention hervorgerufen wurden. Dabei untersuche ich die Vielfalt und die Vieldeutigkeit der Motive einzelner Vertreter der höheren Stände für die Kooperation mit unpopulären Machthabern oder umgekehrt für den Dienstverzicht und die Auswanderung. Der Inhalt einer solchen Monografie beruht auf der Analyse diplomatischer, militärischer und innenpolitischer Quellen, mit denen ich bereits seit vielen Jahren in Archiven von Belarus, Litauen, Polen und Russland gearbeitet habe und auch weiterhin arbeiten möchte.

Übersetzt von Alena Halauko

Siarhej Rybčonak

Nationale Akademie der Wissenschaften Minsk

Unser Institut für Geschichtswissenschaften verwandelt sich vor unseren Augen in eine ideologische Behörde mit dem Zweck, die Politik des Usurpators im Leben des Landes zu rechtfertigen und seine „verkümmerte“ Sicht auf die Geschichte von Belarus zu begründen. Dabei kehrt scheinbar alles zu den uns bereits bekannten Normen der sowjetischen Machthaber zurück, nur eine Partei haben sie nicht. Darum entschied ich mich aus Solidarität mit den gekündigten Kollegen dazu, meinen Vertrag mit dem Institut nicht zu verlängern, und kündigte zum 1. Januar 2021. Sieben Kollegen wurde der Vertrag nicht verlängert, vier weitere kündigten aus Solidarität. Und viele können sich aus verschiedenen Gründen jetzt nicht einfach so eine Kündigung erlauben. Hier entscheidet jeder für sich.

Derzeit stehe ich natürlich noch unter Schock, da sich meine Zukunftspläne so plötzlich verändert haben. Um die Forschungstätigkeit fortzusetzen, muss ich irgendwo arbeiten oder lehren. Und diese Frage ist noch ungelöst. Bislang hat nur die Europäische Humanistische Universität (eine private belarusische Universität im litauischen Exil mit vorrangig belarusischen Studierenden, Anm. d. Ü.) ihre Bereitschaft geäußert, mich ab dem September 2021 aufzunehmen. Außerdem suche ich derzeit nach Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit anderen Kollegen im Ausland.

Insgesamt hoffe ich natürlich auf das Beste, aber, ehrlich gesagt, bezweifle ich, dass es in der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Republik Belarus in naher Zukunft zu positiven Veränderungen kommen wird. Ich hoffe, dass meine Kollegen und ich trotz der jetzigen Situation noch die Projekte vollenden können, die wir zuvor entwickelt hatten. Ich möchte auch gern meine eigene Arbeit abschließen – ein Handbuch zur Genealogie von Belarus – das ist mein Fachgebiet. Tatsächlich aber verschiebt die Notwendigkeit, Geld verdienen zu müssen, dieses Projekt immer wieder auf einen späteren Zeitpunkt.

Übersetzt von Peggy Lohse

Siarhej Šabelcaŭ

Akademie des Innenministeriums der Republik Belarus

Ich habe an der Akademie des Innenministeriums aus politischen Gründen gekündigt. Ende August 2020 kam ich aus der Sommerpause zurück und mir wurde gesagt, dass ich von der Abteilung für innere Sicherheit des Innenministeriums überprüft werde, weil ich nicht an der vorzeitigen Stimmabgabe bei den Präsidentschaftswahlen am 9. August teilgenommen hatte. Ich hatte das nicht getan, weil diese vorzeitig abgegebenen Stimmen in der Regel gefälscht werden. Auf einer Versammlung unserer Abteilung wurde auch die Direktive ausgegeben, dass alle Uniformierten an unserem Lehrstuhl an der Auflösung des friedlichen Protestes teilnehmen müssten, und die Angestellten, zu denen ich gehörte, sollten den Unterricht der Kollegen in Uniform übernehmen. Man versuchte mich auch zu zwingen, an den offiziellen Kundgebungen zur Unterstützung Lukašenkas teilzunehmen. Da ich mich nicht an gesetzeswidrigen Aktionen der Polizei beteiligen wollte, habe ich am 4. September 2020 gekündigt. Seither bin ich arbeitslos.

Übersetzt von Felix Ackermann

Andrej Radaman

Nationale Akademie der Wissenschaften Minsk

„Die Umgrenzung des ursprünglichen Themas der Historie wird sich in Anmessung an die eigentliche Geschichtlichkeit (...) vollziehen müssen.“ (Martin Heidegger, Sein und Zeit, §76).

In meinem Fall begann alles als Student, zunächst im sowjetischen Jugendlager Artek und dann bei den Naščadki (Nachkommen), einer von Henadz' Sahanovič gegründeten Gruppe von Archäologie-Studierenden. Damals entstand das Interesse nicht nur an der Geschichte des 20. Jahrhunderts, für die ich mich in meinem ersten Studienjahr begeisterte, sondern insbesondere an der Geschichte Litauens, der Geschichte des Parlamentarismus, der Gesetzgebung, der Rechtssicherung, der Geschichte der regionalen und lokalen Selbstverwaltung und der Prosopographie.

Gleichzeitig entstand ein tiefes Verständnis für den Zusammenhang zwischen persönlicher Bildung und der Entwicklung des für die Forschung ausgewählten Themas nicht nur in wissenschaftlichen und pädagogischen Aktivitäten, sondern auch in der Zeit, in der ich lebte… „Geschichte (meint) nicht so sehr die »Vergangenheit« im Sinne des Vergangenen, sondern die Herkunft aus ihr. Was eine »Geschichte hat«, steht im Zusammenhang eines Werdens. Die »Entwicklung« ist dabei bald Aufstieg, bald Verfall. Was dergestalt eine »Geschichte hat«, kann zugleich solche »machen«.“ (Martin Heidegger, Sein und Zeit, §73).

Ich war einer der Initiatoren der zivilgesellschaftlichen Kampagne «Svežij veter» („Frischer Wind“), die 2019 als Reaktion auf Versuche entstand, Belarus zur sogenannten "tiefen Integration" zu zwingen – [also] nach Medienberichten am 29. November 2019 über die Absicht der Russländischen Föderation und der Republik Belarus, eine gemeinsame Regierung und ein einziges Parlament zu schaffen. Ich ging am Abend desselben Tages zum Oktoberplatz (Kalinoŭski-Platz in der nationalen Tradition seit 2006) in der Hoffnung, dass es Zehntausende von Menschen wie mich geben wird... Aber es waren nur wenige Menschen auf dem Platz...

Eben damals fühlte ich wieder einmal in aller Deutlichkeit meine eigene Historizität und den starken Wunsch, den Raum um mich herum zu verändern. Aber es gab keine Hoffnung auf ein Wunder. Ich verbrachte meine Zeit für verschiedene Projekte, darunter By_Help und die genannte Kampagne „Frischer Wind“, und ging damals nicht grundlos davon aus, dass meine Landsleute größtenteils nicht bereit seien, die Repressierten finanziell zu unterstützen und gewaltfreien solidarischen Widerstand zu leisten. Die Aktion am 7. Dezember 2019 auf der dem Unabhängigkeitsprospekt und dem Oktober-Platz war gering. Aber Henadz' Mikalaevič Sahanovič und ich sowie unsere Freunde N.Ju. und V.S. waren dort zugegen, wie vor 30 Jahren bei der Naščadki-Gruppe. Vom Institut für Geschichte waren auch die ArchäologInnen Iryna Haneckaja und Marat Klimaŭ bei dieser Aktion anwesend.

Gleichzeitig konnten meine Kollegen im Jahr 2019, dem Jubiläumsjahr des Instituts für Geschichte, im Herbst die Leitung der Gewerkschaftsorganisation neu wählen und die Grundlagen für die Aktivitäten der gewerkschaftlichen Vertretung legen, die 2020 zum Fundament der solidarisch handelnden Gruppe wurde.
Im Herbst 2019 gelang es uns dann, Kacjaryna Kryvičanina und Aliaksej Šalanda zu unterstützen, um die Unterzeichnung eines neuen Tarifvertrags mit der Geschäftsleitung zu erreichen und eine Wiederholung der

Situationen zu verhindern, die zur Entlassung von M. Čarnjaŭski, H. Sahanovič, A. Kyštymaŭ, M. Sakalova, I. Ramanava, N. Stužynskaja, S. Tarasaŭ und anderen KollegInnen aus dem Institut für Geschichte geführt haben.

August 2020

In der Nacht vom 12. auf den 13. August 2020 wurde ich drei Haltestellen von meinem Haus entfernt von der Bereitschaftspolizei OMON im Bereich des Supermarkts „Riga“ festgenommen und landete einen Tag lang auf den Seiten von Jurij Dombrowskijs Roman „Die Fakultät unnützer Dinge“. Als ehemaliger Dozent der Theorie und Geschichte des Staates und des Rechts der Akademie des Innenministeriums und Reserveoberstleutnant der Polizei sowie als ein Bürger, der an die Gerechtigkeit und die Einheit des Rechts für alle Bürger glaubt, habe ich versucht, zufällige Mitreisende zu schützen, die auf den Bus warteten. Nach der Verhaftung forderte ich einige Minuten lang die diensthabenden Beamten des Innenministeriums von OMON und des „Savecki“-Bezirks auf, die Normen der belarusischen Gesetzgebung einzuhalten. Doch erkannte ich bald, dass ihr „einziger Befehlshaber“, der mir als eine Art Souverän der Zeit des Absolutismus vorgestellt wurde, ihnen Zustimmung und den Freibrief für vollständige Handlungsfreiheit gab, völlig losgelöst von jedweder „rechtlicher Verantwortung“.
„Du hast gar keine Ahnung, was wir mit Dir [alles] machen können!“, sagten mir im Bus die OMON-Männer und warfen Verhaftete, die bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen worden waren, in den Bus. Wenig später befahl mir der stellvertretende Leiter der Abteilung für innere Angelegenheiten des Savecki-Bezirks, mich bis zur Taille auszuziehen, und warf in meine Richtung hin: „Wir führen Krieg, und Du bist ein Verräter.“ Sogar die Kadetten der Fakultät für Innere Truppen der Militärakademie, die an der Demütigung der Verhafteten teilnahmen, traten im Sadismus-Wettbewerb an...

Was habe ich getan, als ich persönlich in der dunkelsten Ecke des Hofes der Abteilung für innere Angelegenheiten schwer geschlagen wurde? Ich habe gebetet. Mit voller Stimme. (…) Woran dachte ich als Historiker? Dass ich vor einer Woche nicht geglaubt hätte, dass so etwas in einem solchen Ausmaß möglich ist... Und was ich zusammen mit dem polnischen Professor Lulewicz geschafft hatte, aus den Archiven Europas zu sammeln, die Akten des Landtags von Navahrudak der Jahre 1565-1632 aufzubereiten und teilweise zu kommentieren. Ich wusste, dass sie von Professor A. Rachuba veröffentlicht werden würden, auch wenn sie mich töten oder zum Invaliden verprügeln würden.

Ich hatte einfach Glück. Anstelle der 15 Tage in der Strafzelle, die sie mir angedroht hatten, wurde ich, wie alle an diesem Tag Inhaftierten, in der Nacht vom 13. auf den 14. August ohne Gerichtsverhandlung aus dem provisorischen Internierungslager in der Akrescina-Straße freigelassen. Ich wurde nicht in einer Strafzelle festgehalten, aber ich konnte auf meiner Haut viel von dem sehen und fühlen, worüber ich in meiner Jugend und im Erwachsenenalter mehr als einmal gelesen und nachgedacht hatte: Mehr als 10 Stunden lang an der Wand gestreckt und auf dem Boden liegend mehr als 5 Stunden lang im Innenhof des Gefängnisses, eine überfüllte Zelle – persönlich hörte ich das Stöhnen und Schreien von Männern, die gefoltert wurden.
Was hat mir geholfen, diesen Tag in Würde zu leben und andere zu unterstützen? Eine schon im ersten Studienjahr verfasste Hausarbeit über die Vertreibung der Völker des Kaukasus und der Krimtataren aus ihren Wohngebieten während des Zweiten Weltkriegs, die Bücher von Šalamov, Solženicyn, die Memoiren von Larysa Heniuš und die Zeichnungen von

Kersnovskaja; wissenschaftliche Arbeiten von Kollegen, die über die Repressionen im 20. Jahrhundert schrieben…

Stunden nach meiner Freilassung hoffte ich immer noch, dass der Untersuchungsausschuss und die Staatsanwaltschaft nicht schweigen könnten... Aber ein persönliches Treffen mit einem Kollegen, Doktor der Rechtswissenschaften, Prof. hab. Uladzimir Piatrovič Šyjanok (pensionierter Oberst der Polizei), überzeugte mich davon, dass es notwendig sei, in alle Richtungen zu handeln und sich nicht auf die Aufrichtigkeit der MitarbeiterInnen der Staatsanwaltschaft, des Untersuchungsausschusses und der RichterInnen zu verlassen.

Der Inhalt eines Beschwerdebriefs im Namen der Mitarbeiter des Instituts für Geschichte der Nationalen Akademie der Wissenschaften, in welcher Gewalt und Gesetzesverstöße von Mitarbeitern des Innenministeriums und anderer Strafverfolgungsbehörden mit der Forderung verurteilt wurden, die Gewalt zu stoppen, alle für die Verbrechen Verantwortlichen vor Gericht zu bringen, die Sondereinheit OMON aufzulösen, vorübergehende Haftanstalten und Gefängnisse aus der Unterordnung des Innenministeriums in die Zuständigkeit des Justizministeriums zu verlegen – bis hin zur Verankerung des Grundsatzes der Wahl von Richtern und anderen in der Gesetzgebung – all das wurde am Morgen des 14. August bei mir zu Hause bei einem Treffen mit KollegInnen und FreundInnen diskutiert. Zwei von ihnen waren die Vorsitzenden unserer gewerkschaftlichen Vertretung (Kacjaryna Kryvičanina und Aliaksej Šalanda). Den Beschwerdebrief haben mehr als der Hälfte der Mitarbeiter des Instituts für Geschichte unterzeichnet.
Einige zogen unter dem Druck der Verwaltung ihre Unterschriften zurück. Jede:r hat ja eigene Vorstellungen von Solidarität und Gerechtigkeit. Solidarität kann man nicht einfordern. Man kann sie nur bekunden. Man kann nicht verlangen, jeden Sonntag zu einem friedlichen Protest zusammenzukommen. Man kann nur ganz einfach selbst herausgehen. Es ist einfacher, wenn enge FreundInnen und Familienangehörige in der Nähe sind. So war es im August und September. Wir haben versucht, zu den Sonntagskundgebungen gerade nicht zusammen mit unseren Kollegen zu gehen, da dies das Risiko einer gemeinsamen Inhaftierung erhöht hätte. Aber auf den Sonntagsdemos war ich nicht nur mit Šahanovič zusammen. Ich traf auch andere KollegInnen…

Der Prozess der Wiederbelebung der solidarischen und öffentlichen Forderungen nach Gerechtigkeit, nach Wahrheit, nach freien Wahlen von Richtern, Parlamentariern und hochrangigen Staatsbeamten machte schließlich JournalistInnen und die breiten Massen, die sich bisher nicht für Geschichte interessierten, auf die Probleme aufmerksam, mit denen ich mich in den letzten 27 Jahren befasst hatte.

Die Situation am Institut

Die Verschärfung der Lage am Institut wurde verursacht durch den Unwillen des Direktors des Instituts für Geschichte, Vjačeslaŭ Viktaravič Danilovič, mit den Mitarbeitern über die Lage im Land zu sprechen, ferner durch die vereitelten Verhandlungen über den Abschluss eines Tarifvertrags, sowie den Druck auf die Mitarbeiter von Seiten der Verwaltung mit der Forderung, die Unterschriften unter den offenen Brief vom August zurückzuziehen.
Zehn Tage nach meiner Verhaftung und den Prügeln in der Polizei-Abteilung hielt es der Direktor des Instituts nicht für notwendig, persönlich darüber zu sprechen, und verwies auf den Zeitmangel. Infolgedessen trat der erste offene Konflikt bei einer der von der Direktion einberufenen Sitzungen auf. Dann unterzeichneten wir einen offenen Brief zur Verteidigung der nationalen Symbolik von Belarus [gemeint ist vor allem die weiß-rot-weiße

Fahne, Anm. d. Übers.] nach einem Redebeitrag des Direktors Danilovič im staatlichen Fernsehen, außerdem gab es eine Solidaritätsaktion mit unserem Kollegen Mikola Volkaŭ, der auf einer der Sonntagsdemonstrationen festgenommen worden war.

Freunde verboten mir, zum Präsidiumsgebäude zu gehen, aus Angst, sie würden mich dort sofort festhalten, aber ich erstellte Plakate und wir nahmen zusammen eine Videobotschaft auf. Solidaritätsaktionen fanden auch nach der Verhaftung von U. Šypilla, A. Macuk und A. Žlutka statt. Trotz der Tatsache, dass die Aktionen stets außerhalb der Arbeitszeit abgehalten wurden, verursachte alleine die Tatsache, dass sie abgehalten wurden, ein scharfes Missfallen auf Seiten des Vorsitzenden des Präsidiums der Nationalen Akademie der Wissenschaften (NAN), Husakoŭ, des Akademiker-Sekretärs Kavalenja und des Direktors des Instituts für Geschichte der NAN, Danilovič gegenüber den Aktionen der GewerkschaftsführerInnen und der aktiven TeilnehmerInnen an den Aktionen. Kacjaryna Kryvičanina schlug man direkt vor, im gegenseitigen Einvernehmen zu gehen, für den Fall der Ablehnung wurde mit Entlassung gedroht.

Konsequenzen

A) Die Nichtverlängerung des Vertrags mit mir, mit Aliaksej Šalanda, sowie der Weggang von Sergej Rybčonak aus dem Institut als Zeichen der Solidarität mit uns, die Auflösung der Abteilung für Genealogie, Heraldik und Numismatik am Institut für Geschichte gefährden die Durchführung einer Reihe von Projekten, die Aliaksej Ivanavič Šalanda zusammen mit mir, mit S. A. Rybčonak, V. V. Halubovič und anderen unserer Kollegen initiiert hat. Die Hauptaufgabe, der wir uns jetzt gegenübersehen, besteht darin, die Möglichkeit zu bewahren, wissenschaftliche Forschungen auf dem Gebiet der Heraldik, der Sphragistik, der Genealogie und der Prosopographie auf dem in den letzten Jahren erreichten Niveau durchzuführen und die institutionelle Einheit aller Repressierten und derer, die sich mit uns solidarisiert haben, zu bewahren.

B) Die Nichtverlängerung des Vertrages und der von November bis Dezember dieses Jahres ausgeübte Druck der Staatsanwaltschaft und der Behörden für innere Angelegenheiten auf mich führten zu einer vorübergehenden Trennung von meiner Familie; zudem konnte ich meine private Bibliothek und mein Archiv nicht nutzen. Da ich allen Grund hatte, um meine Gesundheit und im Falle einer möglichen Verhaftung um mein Leben zu fürchten, musste ich am 7. Dezember dieses Jahres nach Vilnius aufbrechen und nach Möglichkeiten der Unterstützung meiner wissenschaftlichen Projekte in Polen suchen. Im Gegensatz zu meinen KollegInnen habe ich nicht nach Beschäftigungsmöglichkeiten bei der Europäischen Humanistischen Universität (EHU) gesucht.

Die politische Dimension

Wie gesagt, trotz der Tatsache, dass zivilgesellschaftliche Aktivitäten von uns IMMER außerhalb der Arbeitszeit durchgeführt wurden, verursachte allein die Tatsache, dass sie abgehalten wurden, ein starkes Missfallen beim Vorsitzenden des Präsidiums der Nationalen Akademie der Wissenschaften Husakoŭ, dem Akademie-Sekretär Kavalenja und dem Direktor des Instituts für Geschichte Danilovič. Die Vorsitzende unserer Gewerkschaft, die promovierte Geschichtswissenschaftlerin Kacjaryna Kryvičanina, wurde vom Präsidium der Akademie der Wissenschaften direkt gebeten, die Arbeit in gegenseitigem Einvernehmen zu verlassen. Nachdem sie abgelehnt hatte, wurden direkte Entlassungsdrohungen ausgesprochen.

Die Entlassung von A. Žlutka wurde direkt vom Leiter einer der Abteilungen des Innenministeriums gefordert. Das Vorhandensein eines solchen Schreibens kann von mehreren Mitarbeitern des Instituts bestätigt werden. Die Entlassung von Gewerkschaftsführern und aktiven Teilnehmern der Protestbewegung, darunter wegen friedlicher ziviler Solidaritätsaktionen mit den Repressierten, wurden mit der Umstrukturierung und Optimierung der Struktur des Instituts für Geschichte begründet. Hierzu wurde auch ein außerordentliches Schreiben vorbereitet, das im November einzig aufgrund der Krankheit des Akademiker-Sekretärs A. Kavalenja und des Ausscheidens von Danilovič nicht durchgeführt wurde (Danilovič wurde Rektor der Akademie für Verwaltung des Präsidenten der Republik Belarus). Alle sieben Mitarbeiter des Instituts für Geschichte, die als erste vom stellvertretenden Forschungsdirektor (jetzt ersten Direktor) Vadzim Lakiza über die Nichtverlängerung von Verträgen und die Entlassung ab dem 1. Januar 2021 informiert wurden, hatten aktiv an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten teilgenommen (einschließlich Frau Popovskaja, die das Rentenalter erreicht hatte). Von diesen sieben repräsentieren zwei die Leitung der Gewerkschaft des Instituts für Geschichte (Kacjaryna Kryvičanina (Vorsitzende) und Aliaksej Šalanda (stellvertretender Vorsitzender für allgemeine Fragen), und vier haben verwaltungsrechtliche Sanktionen zu gewärtigen (A. Radaman, M. Volkaŭ, A. Žlutka, U. Šypilla). Nach unserer Entlassung und nachdem A. Macuk, A. Unučak, V. Anipiarkoŭ, V. Varonin und S. Rybčonak, das Institut aus Solidarität mit uns verlassen haben, sowie nach dem möglichen Ausscheiden von V. Tuhaj aus dem Institut, gab es keine weiteren Entlassungen. Einige der Abteilungen, deren Auflösung uns früher gemeldet wurde, wurden nun doch beibehalten.

Vision für die Akademie

Wir erhalten freundschaftliche und berufliche Beziehungen zu vielen KollegInnen aufrecht, die am Institut geblieben sind. Jeder hat seine eigenen Vorstellungen von Solidarität und Gerechtigkeit. Man kann, wie gesagt, keine Solidarität einfordern. Man kann sie nur erweisen. Die Formen der Manifestation der Solidarität können unterschiedlich sein. Ich halte es nicht für richtig, in dieser Situation auf eigenes Verlangen zu kündigen.
Ich hielt es für richtig, Solidarität mit den Entlassenen zu zeigen, was die Verwaltung aus der „Komfortzone“ herausnehmen und sie zwingen würde, in allen problematischen Fragen eine klare Position einzunehmen. Und zwar einschließlich des Problems der Transformation des politischen Regimes in unserem Land.

Da ich die persönliche Situation vieler Kollegen kenne, verstehe ich, wie schwierig es für sie sein wird, am Institut zu arbeiten, wenn die Handlungen des Kreises der Personen, die die Macht an sich gerissen haben, verschärft werden. Ich glaube, dass die Existenz der Akademie der Wissenschaften und des Instituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften auch unter diesen Bedingungen notwendig ist. Ich sollte nicht über meine Kollegen urteilen, die nicht das tun, was wir tun. Aber ich bin absolut nicht einverstanden mit den Methoden der Direktion. Von September bis November hatte ich eine aussagekräftige persönliche Korrespondenz mit dem derzeitigen Direktor des Instituts, Vadzim Lakiza, in der wir unsere Ansichten klarstellten und unter anderem die Probleme diskutierten, die V. A. Lefebvre in seiner „Algebra of Conscience“ aufwirft. Darüber hinaus

hatten wir mehrmals Gelegenheit, unsere grundlegenden Unterschiede in persönlichen Besprechungen zu erörtern. Ich glaube, dass seine Ehepartnerin einen erheblichen Einfluss auf seine Personalentscheidungen und seine Karrierestrategie hat.
Wir werden eines Tages ans Institut zurückkehren. Dann, wenn das Prinzip der direkten Wahl der Leitung von Akademie und allen Instituten wiederhergestellt sein wird und wenn die Dissertationsräte von denjenigen unabhängig werden, die derzeit die Macht innehaben. Dann würde ich bei solchen Wahlen für Aliaksej Ivanavič Šalanda oder Aliaksandr Ivanavič Hruša stimmen.

Forschungsprojekte

In den nächsten drei Jahren werde ich meine Aufmerksamkeit und Kräfte darauf konzentrieren, den ersten Band der „Akta sejmikowe powiatu nowogrodzkiego WKsL (1565-1632)“ zur Veröffentlichung vorzubereiten, die wir zusammen mit Prof. H. Lulewicz (1950-2019) zusammenstellten und dessen Herausgeber Prof. Andrzej Rachuba ist.
Zudem plane ich die Vorbereitung für die Veröffentlichung meiner Monographie „Landtage der Woiwodschaft Navahrudak des Großherzogtums Litauen (Gebiete Navahrudak, Slonim, Vaŭkavysk) in den Jahren 1565-1632" und zweier kollektiver Monographien, an denen ich unter der Leitung von Aliaksej Šalanda arbeite.

Übersetzt von Diana Siebert

Andrej Matsuk

Nationale Akademie der Wissenschaften Minsk

Noch vor den Wahlen habe ich bemerkt, dass die Leute immer mehr über Politik sprachen. Kollegen begannen sogar, ausführliche Diskussionen über einzelne Kandidaten zu führen. Tatsächlich wurden es jedoch immer weniger Kandidaten und es stand die Frage im Raum, für den Protest-Kandidaten zu stimmen oder gegen alle. Unter meinen Bekannten und Kollegen waren die Meinungen etwa gleich verteilt.

Ehrlich gesagt, gehörte ich schon immer zu jener Gruppe von Menschen, die überzeugt ist, dass es in Belarus keine Wahlen gibt. Anstelle von Wahlen läuft da eine Imitation und Profanierung. Zumal auch dieses Mal die bekanntesten Kandidaten noch vor dem Wahltag ausgeschlossen wurden. Letztlich werden dann am Tag der Stimmabgabe normalerweise die Ergebnisse der Kommission veröffentlicht, welche die Stimmen oft gar nicht erst ausgezählt hat.

Meine Sicht auf die Stimmenauszählung änderte sich am 9. August. Das begann damit, dass sich an diesem Tag lange Schlangen vor allen Wahllokalen meines Mikrorajons Gruschewka bildeten. Nach der Verkündung der Ergebnisse im Wahllokal neben meinem Wohnhaus ergriff die Leute wahnsinnige Freude. Im Wahllokal Nummer 21 des Moskovskij-Viertels der Stadt Minsk hatte Svjatlana Cichanoŭskaja gewonnen – mit viermal mehr Stimmen [als der

Amtsinhaber Anm. d. Ü.]. Im benachbarten Wahllokal 20 sah das Ergebnis ebenso aus. Und dies, obwohl es in beiden Wahllokalen eine verdächtig hohe Wahlbeteiligung bei der vorzeitigen Stimmabgabe gegeben hatte. Dennoch waren auch deren Ergebnis war ähnlich.
In einem weiteren Wahllokal in Gruschewka hingegen unterschieden sich die Resultate deutlich und wurden auch erst später bekannt gegeben, da der Vorsitzende unter dem Schutz der OMON-[Spezialeinheit der Polizei A. d. Ü.] einfach mit der Wahlurne abgehauen war. Die ehrlichen Kommissionen in den Wahllokalen 20 und 21 wurden vom Applaus der Menschen begleitet. Ebenfalls beklatscht wurden Polizisten in festlichen, weißen Hemden. Als Bürger und als Historiker habe ich da zum allerersten Mal gesehen, was faire Wahlen sind und wie die Menschen auf sie reagieren.

In dieser Situation waren plötzlich Explosionen aus dem Stadtzentrum zu hören und Blitze zu sehen. Die folgenden drei Tage waren Tage, die nur schwer zu verstehen und zu begreifen waren. Ein extremes Informationsvakuum war entstanden. Das Internet funktionierte nicht, nur mithilfe von bestimmten Programmen wie Psiphon [freie Software zur Umgehung von Internet-Zensur mittels Sozialer Netzwerke, ein Projekt der Universität Toronto in Kanada - Anm. d. Übers.]. gelang es, Informationen über die massive Gewalt und Inhaftierungen zu erhalten. Es schien, als wäre das irgendwo im Zentrum oder an der Metro-Station Puškinskaja gewesen, aber Gruschewka liegt auf einer Anhöhe, so dass die Lichter auch hier zu sehen waren. Bald sahen wir auch, was in unserem eigenen Mikrorajon vor sich ging. In unserem Viertel verfolgten Soldaten ohne Erkennungszeichen Leute und schossen sogar, wie ein Video zeigt, mit Gummigeschossen auf Fenster. Es häuften sich immer mehr Fälle, in denen Einsatzkräfte in Schwarz am Abend ohne Vorwarnung spazierende Menschen überfielen. In den Häusern von Gruschewka ließ man aus Solidarität die Türen zu den Hausaufgängen offen. Es entstand der Eindruck, dass ein Bürgerkrieg beginnt.

Morgens ging ich entspannt zur Arbeit im Institut, aber abends musste ich mich beeilen, schnell nach Hause zu kommen, denn unser Stadtteil galt als „unzuverlässig“ und am Abend tauchten immer wieder Leute in Schwarz auf, ohne Erkennungszeichen, aber mit Waffen. Zweifellos ist es in einer solchen Situation schwierig zu arbeiten, aber ungeachtet dessen gelang es, die Arbeit an zwei wissenschaftlichen Artikeln und sogar die Korrektur eines dritten zu beenden. Mich als Historiker hat außerdem die Reaktion der Regierung überrascht, als die ersten Drohungen gegen protestierende Universitäten, Fabriken und andere Organisationen laut wurden: „Wir schließen euch, wir haben genug andere!“ Das hat mich als Forscher schwer getroffen. Um sich an der Macht zu halten, sind diese Leute bereit, staatliche Organisationen und Institutionen zu zerstören. Also den eigenen Staat zu zerstören. In der Geschichte sind solche Beispiele kaum zu finden.

Die Massenproteste gegen die Gewalt zwangen die Regierung dazu, Verhaftete zu entlassen und sich zurückzunehmen. Überall in Minsk entstanden Menschenketten der Solidarität, und die

Sonntagsmärsche wurden zu Events für alle. Statt der weißen Protestfarbe wurde die weiß-rot-weiße Flagge zum wichtigsten Symbol. Am 24. September, als ich mit einem Freund unterwegs war, um das Spiel Sevilla-FC Bayern im UEFA Supercup zu schauen, wurde ich von OMON-Leuten festgenommen. Der Grund: Ich lief an einer Solidaritätskette vorbei. Ich hatte an dieser Kette nicht eine Minute lang teilgenommen. Festgenommen wurde ich an einem Hauseingang, aber das hatte für die OMON-Kräfte keinerlei Bedeutung. Das Ergebnis des Spiels Bayern-Sevilla erfuhren mein Freund und ich in der Bezirksverwaltung für innere Angelegenheiten des Moskowskij Rajon. Ohne Anfertigung eines Protokolls wurde ich von dort mit mehreren anderen Festgenommenen in das berüchtigte Untersuchungs-Gefängnis in der Okrestina-Straße gebracht. Alles geschah wie im Traum. Ich hatte die Zuversicht, dass das Gericht am 25. September alles aufklären würde. Die Richterin fragte freundlich und detailliert nach den Details meiner Festnahme und interessierte sich für die Kontaktdaten meines Freundes, bei dem ich Fußball gucken wollte. Dieselbe Richterin wunderte sich, dass in dem irgendwoher aufgetauchten Protokoll ein anderer Ort der Festnahme angegeben war. Meine Überzeugung wuchs, dass die Richterin alles aufklärt und mich für unschuldig befindet. Nach einer mehrstündigen Pause verlas dieselbe Richterin in trockenem Ton die Verlautbarung des Urteils: ich sei schuldig der Teilnahme an einer nicht genehmigten Kundgebung und zu 13 Tagen Haft verurteilt.

Das war ein Schock. Es hatte sich herausgestellt, dass das Gericht gar nicht existiert. Es gab keinerlei Prozess und die Richterin hatte gar nicht das Ziel, die Wahrheit festzustellen. Als Wissenschaftler arbeite ich oft mit Dokumenten aus dem 18. Jahrhundert: Gerichtsbüchern der Gerichtsbarkeit einzelner Landkreise sowie des Obersten Gerichts, dem Tribunals im Großfürstentum Litauen. Die Arbeit dieser Gerichte wurde damals von Zeitgenossen wegen Unzulänglichkeiten kritisiert. Dennoch, so stellte sich nun heraus, kann man die heutigen Gerichte nicht annähernd mit jenen Gerichten des 18. Jahrhunderts vergleichen. Heute gibt es einfach keine Gerichte. Als nächstes erlebte ich dann den Transport in die Strafvollzugsanstalt in der Stadt Žodzina und saß dort meine Haft ab, aber den schlimmsten Eindruck hinterließ eben jenes Gericht. Während der Haft hörte ich genug andere Geschichten. Nicht nur die administrativen Verstöße führen zu dem Schluss, dass es in diesem Staat keine Justiz gibt.

Der Chronologie folgend sollte ich nun die Situation seit Dezember 2020 beschreiben, um das neue Verhältnis zwischen den Menschen und der Regierung sowie den Historikern zu zeigen: Am 4. Dezember, meinem Geburtstag, trafen sich Leute aus dem Mikrorajon Gruschewka aus Solidarität mit den scheidenden Historikern der Akademie der Wissenschaften der Republik Belarus. Geschenkt wurden ein Plakat „Dank den Historikern“ und Torten mit Pahonija-Wappen, [das 1991-1995 Hoheitszeichen der Republik Belarus war A. d. Ü.]. Zuvor fand ein Teetrinken in wohlgesonnener, freundschaftlicher und zugewandter Atmosphäre statt. Eine Woche später, am Morgen des 11. Dezembers 2020, wurden im Zuge eines Sondereinsatzes mehrerer Spezialeinsatzkräfte sechs Einwohner

meines Hauses festgenommen. Drei von ihnen verurteilte man wegen einer nicht genehmigten Kundgebung zu 15 Tagen Haft. Mit dieser „Kundgebung“ war jenes Teetrinken mit dem „Dank den Historikern“-Plakat und den Torten mit dem Pahonija-Wappen gemeint. Diesmal erschütterte mich das Gericht noch mehr, besonders mit der Aussage des Richters: „Lesen Sie denn kein Internet? Teetrinken ist eine Protestform!“ Die Menschen dankten mir und meinen Kollegen, aber der Staat und das Gericht verurteilten mich dafür erneut zu 15 Tagen Haft.

Das Institut für Geschichtswissenschaften

Faktisch bestand das Institut für Geschichtswissenschaften an der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Republik Belarus bis zu diesem Herbst aus zwei Teilen. Einen macht die Direktion aus, den anderen die Wissenschaftler. Erstere erhielt Auszeichnungen für synthetisierende Arbeiten zur Geschichte von Belarus, in der sie als Leiter angegeben sind. Diese Werke erhalten dann Staatsbedienstete. Die Wissenschaftler mussten für diese Synthesen zuarbeiten und ihnen wurde im Gegenzug erlaubt, sich mit jener wissenschaftlichen Grundlagenforschung zu beschäftigen, die sie selbst interessierte. Außerdem bearbeiteten die Forscher verschiedene Anfragen staatlicher Behörden oder einfacher Leute. Dabei wählt die Direktion selbst aus, von wem welche Anfragen beantwortet werden. So habe ich als Spezialist für die Geschichte des Großfürstentums Litauen im 18. Jahrhundert nicht ein einziges Mal eine Anfrage zu Tadeusz Kościuszko beantwortet, auch andere Forscher der Geschichte des Großfürstentums Litauen im 18. Jahrhundert nicht. Denn dieses Thema galt als politisch und die Leitung wollte nicht, dass darauf eine kompetente wissenschaftliche Antwort gegeben wird. Zu diesen Themen gehörten außerdem die Geschichte des 20. Jahrhunderts sowie die Anerkennung des historischen und kulturellen Wertes der weiß-rot-weißen Flagge.

Dann ergab es sich, dass ich im August den Abteilungsleiter vertreten und an einer Sitzung des Wissenschaftsrates teilnehmen musste. Der Tag am Institut begann mit der Information, dass in der Nacht zuvor unser Kollege Andrej Radaman am Einkaufszentrum „Riga“ festgenommen worden war. Die Sitzung des Wissenschaftsrates eröffnete der damalige Direktor Vjačaslaŭ Danilovič. Sein Auftritt hinterließ bei mir und meinen Kollegen einen erschreckenden Eindruck. Er begann mit der Anschuldigung, man habe uns doch gewarnt, vorsichtiger zu sein, und nun habe Radaman gegen irgendetwas verstoßen und sei verhaftet worden. Seine Meinung stand fest: Die Sicherheitsbehörden können sich doch nicht geirrt haben und einen Unschuldigen verhaften. Danach musste Direktor Danilovič auf die Fragen und Vorwürfe der Versammelten reagieren. Fast alle Kollegen erklärten ihre Empörung darüber, was mit dem Kollegen Radaman passiert war und kritisierten die zunehmende Gesetzlosigkeit und Gewalt. Eine Ausnahme war Vadzim Lakiza. Erschrocken versuchte er, dem Sprecher allgemeine Fragen zu stellen und damit dem Direktor und dem Kollektiv zu gefallen. Danach reagierte die Leitung äußerst nervös auf die Initiative von Mitarbeitern, die einen Protest-Brief gegen Gewalt verfasst hatten.

Sie ergriffen persönlich Maßnahmen, damit ein Teil der Unterzeichner ihre Unterschriften zurückzogen. Dabei versteckte sich Direktor Danilovič hinter den Interessen des Instituts, in dem er behauptete, dass dieses geschlossen werden könnte. Einen Teil der Mitarbeiter bat der Direktor persönlich, ihre Unterschriften zurückzuziehen, damit man ihn deswegen nicht entließe. Zeitgleich trat der Direktor im staatlichen Fernsehsendern mit ideologischen Reden zur Verurteilung eben jener nationalen Symbolik auf, die zum Symbol der Proteste geworden war. Auf die Hinweise von Kollegen, wonach er über Dinge spreche, mit denen er sich nicht auskenne, wiederholte er nur stets dieselben, altbekannten wissenschaftlichen Weisen. Das war besonders auffällig. Denn wer diese Auftritte im Fernsehen sieht, denkt ja, dass der Direktor des Instituts für Geschichtswissenschaften eigentlich die Position eines Wissenschaftlers vertritt; aber was zu sehen war, war eine inkompetenter Blick auf eine Thematik, von der er keine Ahnung hatte.

Ich habe auch noch eine persönliche Geschichte erlebt: Als ich meinen 13. Hafttag absaß, kam zuhause ein Brief von der Institutsleitung an – mit der Bitte um Erklärung, warum ich nicht zur Arbeit erschienen sei. Natürlich diente das dazu, um mich wegen Fernbleibens kündigen zu können. Dabei war die Information über meine Haft im Institut bekannt und wurde auch weithin in der Presse verbreitet. Nach der offiziellen Mitteilung über meine Verhaftung und den Kündigungsversuch sowie großer Solidarität von KollegInnen in Belarus und im Ausland hat die Direktion von dieser Idee Abstand genommen.

Abschied

Einschließlich der Promotions-Zeit bin ich seit 2001 am Institut für Geschichtswissenschaften. Faktisch habe ich mein ganzes wissenschaftliches Leben bisher am Institut verbracht. Hier habe ich die hervorragenden Forscher Georg Galenčenka, Jurij Nikolaevič Bochan (leider bereits verstorben), Aljaksandr Hruša und Vlajancyn Fëdaravič Halubëû kennengelernt. Bei ihnen habe ich eine erste Vorstellung davon bekommen, wie wissenschaftliche Forschung funktionieren sollte. Im Institut bin ich zum Wissenschaftler geworden. Die Arbeit dort hat mir geholfen, Kontakte zu ausländischen Wissenschaftlern aus Akademien in den Nachbarländern zu knüpfen. Auch das hat mich als Forscher reifen lassen. Konkret geplant war für das Jahr 2021 die Publikation zweier wissenschaftlicher Monografien. Eine von ihnen, „Die Landtage im Großfürstentum Litauen von 1697 bis 1764“, sollte als Grundlage für meine Habilitation dienen. Die Eröffnung des Habilitationsverfahrens war ebenfalls für dieses Jahr geplant. Das Verlassen des Instituts bedeutet für mich den Verzicht auf die Verteidigung der Habilitation in diesem Rahmen. Ungeachtet all dieser Punkte bereue ich es nicht, dass ich das Institut letztlich aus Solidarität mit den sieben Kollegen verlassen habe, denen die Verträge nicht verlängert worden waren. Irgendwie rücken persönliche wissenschaftliche Erfolge in den Hintergrund in einer Situation, man Zeuge von Ungerechtigkeit gegenüber den eigenen Kollegen wird.

Politik

Die Anordnung über eine außerordentliche Evaluation und Reorganisation erschien zu einer Zeit, als Wissenschaftler aktiv an Protesten teilnahmen und täglich, während der Mittagspause, an Solidaritätsketten auf dem Prospekt der Unabhängigkeit in der Nähe des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der Republik Belarus teilnahmen. Zunächst hieß es, dass die Kürzung in erster Linie Mitarbeiter im Rentenalter und Teilzeitkräfte betreffen würde. Stattdessen begann man aber bei bei jenen Gewerkschaftsführern, deren wissenschaftlichen Arbeit ausgezeichnet ist (Anzahl von Publikationen, Konferenzteilnahme und gemeinsame Projekte mit Kollegen inländischer und ausländischer Organisationen). Darüber hinaus sagte der neue Direktor des Instituts für Geschichte, Vadzim Lakiza, ganz offen, dass er die zwei Kollegen entlassen müsse, denn die Entlassung erfolge nicht auf seinen Wunsch, sondern auf Anordnung des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften.

Reformen

Es sollte eine Zusammenarbeit zwischen den Wissenschaftlern geben, nicht zwischen den Leitern. In der Leitung der Akademie der Wissenschaften sind nur noch Einzelne übrig, die selbst Wissenschaftler sind und nicht Beamte. Für die Beamten in der Akademie-Leitung steht eine Zusammenarbeit mit Forschern im Ausland praktisch nur für touristische Ausflüge, bei welchen ein weiterer unbedeutender Vertrag mit internationalen Forschungsinstituten unterzeichnet wird. Im Ausland muss dann ja das Verständnis entstehen, dass die Leiter der Akademie und Institute keine Wissenschaftler sind, sondern Beamte. Diese orientieren sich an der Erfüllung irgendwelcher Zahlen und Wünsche der Regierung, nicht an der Durchführung von wissenschaftlicher Forschung. Genau darum sollte es aber bei der Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern geben, und nicht um diejenige mit der leitenden Ebene der Akademie der Wissenschaften. Vielmehr muss die Teilnahme von Beamten an wissenschaftlichen Projekten verhindert werden, die nichts tun und sich nur für ihr Einkommen und die Anreicherung ihrer Biografien interessieren.

Es ist doch bestens verständlich, dass viele Fragen zur Geschichte der Rzeczpospolita Polen-Litauen im 18. Jahrhundert nur im Rahmen von internationalen Kollektiven erforscht werden können. Das beste Beispiel hierfür ist die gemeinsame Forschung von belarusischen, litauischen und polnischen Historikern unter der Leitung von Andrzej Rachuba zu den Abgeordneten des Tribunals im Großfürstentum Litauen , zu den Sejm-Abgeordneten der Rzeczpospolita Polen-Litauen oder zur Polizei der einzelnen Landkreise (Pavety) im Großfürstentum Litauen im 16. bis 18. Jahrhundert. Die Umsetzung dieser Forschung war nur in gemeinsamen Projekten möglich. Genau das sollte für die künftige Zusammenarbeit zwischen den wissenschaftlichen Akademien verschiedener Länder Vorbild sein.

Pläne

Im kommenden Jahr möchte ich das Forschungsprojekt zu den Kreis-Parlamenten (Pavet-Sejmy) im Großfürstentum Litauen (1697 bis 1764) beenden. Gleichzeitig plane ich die Fortführung meiner Forschung zur Geschichte der Woiwodschaft Płock im 18. Jahrhundert. Ich möchte mich weiter in den folgenden gemeinsamen internationalen Projekten mit litauischen und polnischen Forschern engagieren: „Botschafter des Großfürstentums Litauen während des Sejms der Polnisch-Litauischen Adelsrepublik“ und „Die Polizei im Großfürstentum Litauen im 18. Jahrhundert“. Als neue Themen möchte ich mich gern der Arbeit zum Thema der Entstehung einer pro- russischen Magnatengruppierung in der Rzeczpospolita Polen-Litauen in den Jahren 1735–1736 widmen. Die Ereignisse in Belarus verstärken außerdem meinen Wunsch, die Funktionsweise der Gerichte im Großfürstentum Litauen des 18. Jahrhunderts genauer zu untersuchen.

Übersetzt von Peggy Lohse

Europa geht weiter

Belarus gehört dazu

Stimmen aus Belarus

fb.com/belarusstimmen